

ver.di

Münchner WECKER

von Beschäftigten für Beschäftigte des Münchner Finanzamts

10. Ausgabe 2012

Brave Beamte!

Erstes Zwischenzeugnis vom Odeonsplatz

Unser neuer Finanzminister, Herr Dr. Söder hat am 20.12.2011 in seinem Brief an alle Beschäftigten der Finanzverwaltung die professionelle, kompetente und engagierte Erledigung der Aufgaben hervorgehoben und sich für die „ausgezeichnete Arbeit“ und den „tatkraftigen Einsatz“ bedankt.

Eine Aussage, die doch zumindest auf den ersten Blick erfreut: Dank, Lob, Anerkennung, alles keine Selbstverständlichkeiten, auch und gerade nicht für die Finanzbeamtinnen und -beamten vom Bayerischen Staatsminister der Finanzen, welchen Namen er gerade trägt, ob Huber, Faltlhauser, Fahrenschoen oder Söder.



Von Ver.di organisierte Führung durch die Sonderausstellung „Tropische Schmetterlinge“ im Botanischen Garten München

Ein paar Gedanken dazu:

1) Wir sollten ihn an seinen Taten messen!

Es wäre ein Zeichen aufrichtigen Danks und der Anerkennung für die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn den Worten des Herrn Staatsministers nun auch Taten zugunsten der Beschäftigten folgen würden.

Das wären schon erfreuliche Aussichten, wenn nach Jahrzehnten der umfassenden **Realitätsflucht Sofortmaßnahmen** zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Steuerverwaltung ergriffen würden.

Absenkung der Arbeitsbelastung der Beschäftigten auf ein dauerhaft verkraftbares Maß, eine realistische Einstellungs- und Ausbildungspolitik, angemessene Besoldung (insbesondere in den Ballungsräumen!) und eine vernünftige, normalen Standards entsprechende Unterbringung: unser „Wunschzettel“ ist wahrlich lang.

Angesichts **jahrzehntelanger** Versäumnisse alles in allem eine Mammutaufgabe, die wirklich nur dann lösbar wäre, wenn ein konservativ-liberales Dogma, dass die Finanzverwaltung erst einmal „gesundschrumpfen“ müsse, damit die Akteure der Wirtschaft möglichst unbehelligt agieren könnten, fallen würde.

Wir haben ja schon viele politische 180-Grad-Richtungswechsel in den letzten beiden Jahren erleben dürfen, aber ob wir die aktuelle Koalition damit nicht doch gewaltig überfordern?

2) Brave Leute, diese Finanzbeamten!

Permanent schwieriger werdende Arbeitsumstände, doch der Laden läuft immer weiter. Oder wie würde unser aller Dienstherr sagen: Was wollt Ihr denn, es geht doch!

Und schafft es denn nicht tatsächlich die immer kleiner werdende Schar der Steuerbeamtinnen und -beamten (auch und gerade im Finanzamt München) seit vielen Jahren, dass trotz stets zunehmender Arbeitsmengen und zusätzlicher Aufgaben (ELSTAM sei da wirklich nur beispielhaft genannt) alles und dann auch noch in einer beachtlichen Qualität erledigt wird?

Die Lösung:

Wir „braven Beamten“ sind selber ein Teil des Problems.

Schauen wir uns doch einmal das Wort „brav“ an.

Es wurde wie so vieles in der deutschen Sprache aus dem Französischen übernommen und hat scheinbar ganz unterschiedliche Bedeutungen. „Ehrlich“, „rechtschaffen“, „verlässlich“, „tapfer“, aber auch „lieb“, „gut“, „gehorsam“.



Auch bei der Sonderausstellung "Tropische Schmetterlinge"

Der Beamte hat sich bekanntlich mit voller Hingabe dem Beruf zu widmen (§ 54 Satz 1 BBG). Die besondere Dienst- und Treuepflicht der Beamtenschaft gegenüber dem Dienstherrn wird uns dann auch gerne abverlangt - ob von der Politik, von der Verwaltungsspitze oder ganz allgemein von den Staatsbürgern - und seitens der Beamtenschaft auch noch (gern?) erfüllt.

Dass diesem Prinzip die **besondere Fürsorgepflicht** des Staates gegenüber seinen Be-

schäftigten entsprechen würde, steht bekanntlich auf einem anderen Blatt (das in der gesamten Finanzverwaltung offenbar seit Jahren „unauffindbar“ und „verreicht“ ist).



Sonderausstellung „Tropische Schmetterlinge“

Tapfer, gehorsam und verlässlich ertragen wir alle Unbilden des Arbeitstages, ob Arbeitsüberlastung, Normenflut, Ausfälle der EDV und völlig unzureichende Ausstattung und Unterbringung.

Wir funktionieren ganz einfach, egal, was von uns verlangt wird.

Ist es nicht auch diese Bravheit, also diese unsere Anpassbarkeit, unsere stete Gehorsamkeit, unser Arbeitsethos und Aufopferungswillen, dieses ganz besondere Beamten-Gen, das einer echten und tiefgreifenden Verbesserung der Arbeitsumstände in der bayerischen Steuerverwaltung entgegensteht?

3) „Man müsste doch einmal“:

Dass wir Riesenprobleme im Finanzamt München haben, das ist unter uns Beschäftigten sicher ein Allgemeinplatz.

Die Diagnose ist klar, die verschiedenen Baustellen sind uns allen wohlbekannt, dass wir zu wenig Personal haben, dass wir alle bis zum Anschlag und darüber hinaus arbeiten und ..., dass es insgesamt so nicht weitergehen kann und darf.

In entsprechenden Unterhaltungen fällt dann auch schnell „Es ist doch klar, dass **man** endlich ...“, „Das müsste **man** auf der Stelle ...“, gegenüber einer Personalrätin oder einem Gewerkschafter auch „Da müsstet **Ihr** unbedingt ...“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wird das sicher **nicht** klappen.

So wenig, wie wir uns auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verlassen können, dass der uns „brave Beamte“ schon für unseren Ein-

satz belohnen wird, genau so wenig dürft Ihr Euch zurücklehnen, weil Ihr wisst, dass sich schon **andere** gegen Verschlechterungen und für Verbesserungen einsetzen werden.

Also da ist einmal echte „Tapferkeit“ angesagt.

Wir Ver.dianerinnen und Ver.dianer brauchen **Eure aktive Unterstützung**; als Einzelkämpfer können wir nur wenig erreichen.

Nur wenn **wir** Beschäftigte uns einig sind und **wir** uns gemeinsam für unsere Ziele einsetzen, dann werden **wir** sie uns auch gemeinsam erkämpfen können.

Wären nicht zehn Jahre ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft) ein wunder-schöner Anlass, aus der Deckung zu gehen, die Zuhörer- bzw. Zuschauerposition aufzugeben und bei uns mitzumachen?

ELECTRONIC FEATURES: TAX ON WAGES

oder ELSTAMS Wirrnis der Peinlichkeit

„Hello. My Name is Charles de Impôt sur le Revenu. I'm Canadian. I live in Munich. Do you speak English?“

Meine Antwort darauf lautete meist ähnlich: „Yes sir – of course but only a little bit!“ Denk mir aber, das kann ja heiter werden. Perfektes Englisch stand nicht in dieser Stellenbeschreibung.

Die Anrufe in der Hotline sind schon anstrengend genug. Nun auch noch ein schnell sprechender Kanadier.

Würde ich, als guter Beamter nicht zu denken haben, Amtssprache ist Deutsch?

Aber ich habe ja in erster Linie die Aufgabe kundenfreundlich zu sein und möglichst viele Anrufe vom Finanzamt München fern zu halten.

Darum lausche ich dem Anrufer geduldig weiter: „my wife isn't in germany. On this assessment is my tax category one not three... wrong... why... what...?“

Geistig bin ich beim Zuhören schon etwas eingenickt. Höre immer wieder ...Frau... eins... drei...- eingebettet in einen galoppierenden Redeschwall, der ein schnell fließendes Englisch mit viel Slang vorantreibt.

Solche und ähnliche Gespräche führte ich in der ELSTAM-Hotline in Zimmer 303 in der Kardinal-Döpfner-Straße im Gebäude des Bayerischen Staatsministeriums für Finanzen.

Zuständig für die ELSTAM-Hotline ist aber das Bayerische Landesamt für Steuern. Hausherr ist da Dr. R. Jüptner. So weit so verwirrend. Genauso durcheinander ist auch der Übergang zu ELSTAM. Mittlerweile ist das eher ein Wirrnis der Peinlichkeit, was vor allem die

Bürger ausbaden müssen. Als ob die Bürger nicht schon durch die Ereignisse in Europa und der Welt den Durchblick verloren hätten.



So eine große Nummer war die ELSTAM-Hotline in München sicher nicht. Ich saß hier in meiner kleinen Welt verbunden über Computer und Headset.

Die Menschen versuchte ich in ihrer kleinen Welt zu beruhigen, ihnen Rat zu geben, Lösungen zu finden und Formulare zu senden, obwohl sie eigentlich gleich am Telefon Abhilfe wollten.

Dies war in etwa mein Auftrag bis zum Ende des Jahres. Bewaffnet war ich mit einem Wissensdokument, das mehrfach Änderungen erfuhr und einer Portion Dienstanweisungen. Zuletzt hatte Anfang Dezember die Administration entschieden, dieses peinliche Ringen um die Datenbank zu beenden.

ELSTAM wird um ein Jahr nach 2013 verschoben. Zu Nikolaus gab es ein zwölfseitiges BMF-Schreiben zum Geschenk, das sicher noch einmal vom Bayerischen Finanzministerium getoppt wird. Für ELSTAM soll nun eine Pilotphase starten.

Kommt ELSTAM wirklich 2013?

Das ärgerlichste an der neuen Situation ist jedoch, dass irgendwie nicht abschließend geklärt ist, wie nun die Daten der Mitarbeiter wirklich zu den Arbeitgebern kommen.

Die Pressesprecherin des Bundesfinanzministerium, Silke Bruns, sagte auf Nachfrage von t-online.de, dass die Probleme sich vor allem auf den Abruf der Daten durch den Arbeitgeber bezögen - für den Bürger werde sich zunächst nichts ändern. Mitte der Woche solle eine eilig einberufene Arbeitsgruppe mögliche Problemlösungen erörtern. Die Einführung der elektronischen Lohnsteuerkarte sei nun für das zweite Quartal 2012 angepeilt, so die Sprecherin.
<http://wirtschaft.t-online.de/elstam-elektronische-lohnsteuerkarte-wird-sich-verzoegern>

Dieser Ärger wurde in den letzten Tagen immer deutlicher, weil auch verstärkt Arbeitgeber anriefen.

Die großen Unternehmen haben sicher nicht die großen Probleme. Die kriegen das wohl gebackten.

Schlimmer ist es wohl für den von der Politik häufig gepriesenen Mittelstand oder noch kleinere Unternehmen.

Mein kanadischer Anrufer war sicher ein exotisches Beispiel. Aber auch er ist ein Münchner Steuerzahler, der sich von der Administration verschaukelt fühlt. Könnte er, würde er sicher auf ein anderes Programm umschalten.

Als Lohnsteuerzahler hat er jedoch keine Wahl, da es nur ein Programm gibt.

Aber dieser Pilotfilm wird wohl zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Happy End haben.

Vielleicht klappt es ja in einem Jahr. Bayerns kleiner Nachbar Österreich hat übrigens schon seit 1993 die elektronische Lohnsteuerkarte.

Meine Empfehlung:

SpardaGiro
mit Kontowechselservice

0 Gebühren
Aufwand
Komma nix
wechseln!

Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.

SpardaGiro: das kostenlose Gehaltskonto für Mitglieder – mit Kontowechselservice.
Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.

www.sparda-m.de

Sparda-Bank
freundlich & fair

Arnulfstraße 15 · 80335 München
46 Geschäftsstellen in München und Oberbayern.
SpardaService-Telefon: **089 55142-400**
(Mo. bis Fr.: 8:00 – 18:00 Uhr)

Kundenmonitor® Deutschland 2011
Platz 1
Sparda-Banken (Platz 1 von 1993-2011)
Kundenzufriedenheit
bei Banken und Sparkassen unter 5 ausgewiesenen Instanzen

Stiftung Warentest
Finanztest
1
Top-Ergebnis
Im Test: Preise der Kontoführung
Ausgabe 09/2011

Werbung

Verschiebbahnhof Finanzamt München

heute mit Bewertung!

Wir braven Beamten dürfen regelmäßig aus den Medien erfahren, wo`s langgehen soll. Jedenfalls so gut wie alles, was uns angeht. Aktuelles Beispiel: das Gezerre um die Bewertungsstelle.

Den Zeitungsberichten zufolge geht`s schon länger Richtung Grafenau.

Im AIS wurde dann vor kurzem der Blitzschwenk nach Westen angekündigt:

Jetzt geht`s plötzlich nach Schwaben ins liebeliche Höchstädt.

Also genauer gesagt die ca. 70 Stellen und die Aktenberge, mit denen locker einige Kilometer Regale gefüllt werden können.

Also nochmal ganz langsam, der Reihe nach:

Es stimmt tatsächlich, so steht`s im AIS, Finanzminister Söder hat entschieden:



Auch bei der Sonderausstellung „Tropische Schmetterlinge“

Die Bewertungsstelle wird nach Höchstädt ausgelagert. Dort hat der Freistaat Bayern kürzlich ein Gebäude erworben, das diesen Zwecken dienen soll.

Die gute Nachricht zuerst:

Es hat nur 1 Euro gekostet!

Jetzt die schlechte:

Das Haus ist vollständig marode, allein die geschätzten Sanierungskosten liegen bei über 2 Millionen Euro, die technische Ausstattung nicht mitgerechnet.

Dazu kommt, dass das Gebäude aufgrund der statischen Vorgaben und der tonnenschweren Akten ohnehin als Hochbau komplett neu hingestellt werden müsste!

Was steckt dahinter?

Ehrenwerte Ziele, wie die Arbeit zu den Menschen zu bringen, neue Beschäftigung aufzubauen, zusätzliches Personal für die Finanzämter aus dem Kreis der beurlaubten Beamtinnen und Beamten - beispielsweise Rückkehrerinnen aus der Erziehungszeit zu gewinnen und langjährigen Versetzungsanträgen abzuhelfen?

Das **KÖNNTE** sein.

Was spricht dagegen?

Bislang haben nur einzelne Personen Interesse an einer Tätigkeit in Höchstädt geäußert. Die entsprechenden Baumaßnahmen und der Umzug (in einem Volumen von einigen tausend Umzugskartons) verschlingen Millionen von Euro, während für den dringend notwendigen Neubau des Finanzamts München kein müder Cent locker gemacht wird! Und „neue Arbeitsplätze“ entstehen dadurch auch nicht!

Die ca. 50 Münchner Beschäftigten, nach langjähriger Tätigkeit Vollprofis bei der Bewertung von Grundstücken und Gebäuden im hochpreisigen Ballungsraum München, müssen zwangsweise umsatteln und in andere Fachgebiete wechseln.

Wohin genau ist völlig unklar, da es für sie kein Konzept gibt. Ebenso wenig wurde bislang die Personalvertretung in die Planungen einbezogen - „neues Münchner Landrecht“ offensichtlich.

Die neuen, in dem Aufgabenbereich Bewertung naturgemäß völlig unerfahrenen Beschäftigten dürften fast zwangsläufig nicht in der Lage sein, die Grundstücksbewertungen marktgerecht bzw. gesetzeskonform vorzunehmen.



„Tropische Schmetterlinge“ im Botanischen Garten München

Letztlich müssen die Stadt München und die insgesamt 29 Gemeinden des Landkreises München bei einer Verlagerung mit erheblichen Einnahmeausfällen bei der Grundsteuer rechnen - und das in Zeiten klammer öffentlicher Kassen!

Warum wird also dann verlagert?

Der Kabarettist Josef hatte einmal eindringlich davor gewarnt, „W“-Fragen zu stellen. Er meinte, das könnte ins Auge gehen, sie explodieren oder sie könnten sich in Rauch auflösen.

Trotzdem wagen wir uns jetzt mal an die Auflösung des Rätsels:

Erst kürzlich hat Herr Winter, MdL aus Höchstädt, die Bewertung in München besichtigt.

Er wohnt in der Nachbarschaft des noch leerstehenden Gebäudes, kennt also die Verhältnisse vor Ort.



Georg Winter

Damit keine Unruhe entsteht, wie vielleicht durch ein Asylbewerberheim, hat er die Verlagerung von Teilen des Finanzamts München ins Spiel gebracht.

Als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses und Mitglied der Regierungspartei hatte er mit seinem Vorschlag zumindest eine Mehrheit.

Ob diese Idee auch erfolgreich umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Parallelen zur Zusammenlegung der Finanzkassen in der Region bei Orten, an denen keine Finanzämter oder Kassen sind, aber Landtagsstimmkreise von Regierungsgliedern, sind rein zufällig.

Die Antwort auf Korruption und Ungerechtigkeit in Ägypten wird auch „arabischer Frühling“ oder „arabische“ Revolution“ genannt. Zugegeben, das hat Jahre gedauert, bis es soweit war. Wir stecken noch im tiefsten Winter, auch politisch. Vielleicht naht eine adäquate Lösung bei der Landtagswahl 2013?

Katastrophales Zeugnis für Finanzbeamte

Bundesrechnungshof stellt große Lücken im Steuervollzug fest // Maschinelle Bearbeitung funktioniert mangelhaft

Unser Leserbrief

An die Financial Times Deutschland:

Als Mitglied der ver.di-Betriebsgruppe am Finanzamt München möchte ich zu Ihrem o.g. Bericht folgendermaßen Stellung nehmen:

Zutreffend ist die Analyse des Bundesrechnungshofs (BRH), dass die Finanzverwaltung angesichts der von ihr zu schulternden Aufgaben dabei versagt, das komplexe deutsche Steuerrecht auch nur ansatzweise gesetzeskonform umzusetzen.

Von "Gleichmäßigkeit im Steuervollzug" oder gar "Steuergerechtigkeit" kann wahrlich keine Rede mehr sein.

Der Hinweis sei erlaubt, dass überhöhte Ansätze von Werbungskosten im Arbeitnehmerbereich (wie das im Bericht angeführte überhöhte Geltend machen der Entfernungskilome-

ter zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) dabei noch das allergeringste Problem darstellen.

Beispielhaft für das tatsächlich immense Vollzugsdefizit ist der Umstand, dass Außenprüfungen im Unternehmensbereich nur mehr für einen Bruchteil der prüfungswürdigen Fälle möglich sind. Hier verzichtet der Staat fahrlässig oder vorsätzlich auf ihm zustehende Einnahmen, abschätzig Urteile über Staaten wie Italien oder Griechenland und ihre Fiskalverwaltung verbieten sich daher von vorneherein.

Die Lösungsvorschläge, die der BRH in den Raum stellt, könnten mit Sicherheit zu einer gewissen Entlastung der Beschäftigten der Finanzverwaltung führen, greifen aber doch viel zu kurz. Verbesserte Risikofilter, die eine sinnvolle Auswahl zu prüfender Fälle im Be-

reich der Veranlagung möglich machen könnten, wären zu begrüßen.

Die eigentliche Bearbeitung der Fälle wird aber weiterhin personell erfolgen müssen. Dem verbreiteten Irrglauben, dass eine verbesserte Technik die gut ausgebildeten und das Steuerrecht vollziehenden Beamtinnen und Beamten ersetzen könne, muss energisch entgegengetreten werden.

Vereinfachungen im Steuerrecht selbst sind dringend notwendig (jenseits aller Flat-Tax-Phantasien der Wirtschaftsliberalen), allerdings erleben wir als Beschäftigte der Finanzverwaltung seit Jahrzehnten, dass jede weitere Steuerreform in die entgegengesetzte Richtung fährt.

Auch Finanzbeamten machen viele Fehler, insbesondere im Massenverfahren der Einkommensteuerveranlagung, das hat der BRH richtig erkannt. Insoweit erfüllt er nur seine ihm auferlegte Aufgabe, die Schwächen in der staatlichen Verwaltung aufzuzeigen, ordnungsgemäß.

Die im Bericht kolportierte Aussage, dass die Personalausstattung in Relation zu den Steuerfällen "etwas schlechter" geworden sei, muss einen Insider dagegen mit Zorn und Unverständnis erfüllen.

Die zunehmend mangelhafte Prüfung der Steuerfälle und die qualitativen Rückschritte in der Arbeit der deutschen Finanzverwaltungen passieren sicher nicht aufgrund von Unwilligkeit oder intellektueller Beschränktheit der Veranlagungsbeamten.

Die großen qualitativen Mängel sind nichts anderes als die logische Konsequenz der Tatsache, dass in den Finanzverwaltungen, diesem Kernbereich eines Staates seit vielen Jahren ein massiver und politisch gewollter Personalabbau stattfindet, besonders stark ausgeprägt in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg.

Angesichts eines Fehlbestands von gut 2.000 Beschäftigten, der sich auf Basis der verwaltungsinternen Personalbedarfsberechnung (PersBB) allein für die bayerische Finanzverwaltung ergibt, müsste das eigentliche Kernproblem klar auf der Hand liegen.

Solange hier nicht eindeutig umgesteuert wird, wird die Qualität der Arbeit in den deutschen Finanzämtern weiter abnehmen.

Dazu kommt, dass für das politisch gewollte Ausbluten der Finanzämter die zunehmend überlasteten Beschäftigten mit ihrer Gesundheit bezahlen werden, während die Bürger den weiteren Abbau von Leistungen sowie die Verrottung der Infrastruktur des Staates in Kauf nehmen müssen.

Energiewende

Am 22.09. wurde in Räumen der Abteilung Körperschaften seitens der ver.di-Betriebsgruppe des Finanzamts München ein Vortrag von Herrn Christian Hierneis, Vorsitzender der Bund Naturschutz (BN) Kreisgruppe München und Beisitzer im Landesvorstand des BN organisiert.

Das Thema „Energiewende“ ist - gerade angesichts der Entscheidung der Bundesregierung, aus der Atomkraft auszusteigen - seit Monaten in aller Munde.

Abgesehen von den nunmehr anstehenden Entscheidungen auf der politischen Ebene (insbesondere hinsichtlich der Förderung alternativer Energiegewinnungsmethoden, Subventionierung von Wärmedämmungsmaßnahmen und vieles mehr) stellt sich auch für jede/n Einzelne/n die Frage, was man selber beitragen, wie Energie eingespart werden

kann und wie er/sie falsches Verhalten ggf. abstellen kann.

Dem Referent gelang es sehr gut, in seinem anschaulichen Vortrag diese beiden Pole abzudecken.



Eingangs wurde von ihm auf Basis informativer Statistiken und Übersichten die reelle Aus-

gangslage, die sich durchaus von den „Fakten“, die in etablierten Medien verbreitet werden, unterscheidet, dargestellt.

Schwerpunkt waren dabei die aktuellen wie die historischen Folgen konventioneller Energiegewinnung für Klima und Umwelt. Ohne massives Umsteuern der Menschheit werden bereits in wenigen Jahren alle der konventionellen Energiegewinnung dienenden Rohstoffe (Öl, Gas, Kohle) verbraucht und irreparable Umweltschäden die Folge sein!

Im zweiten Teil wurden die verschiedenen alternativen Energiegewinnungsmöglichkeiten dahingehend untersucht, ob ggf. auch diese mit schwerwiegenden Nachteilen für Natur und Menschen verbunden sein können.

Dabei kam klar zum Ausdruck, dass aus Sicht des Umweltschutzes immer eine wohnortnahe und dezentrale Energieerzeugung gegenüber Großanlagen vorzuziehen sein wird, um u.a. auch die verhängnisvolle Abhängigkeit von den marktbeherrschenden Stromgiganten vermeiden zu können.

Bekannte Großprojekte wie „DESERTEC“ (Sonnenkollektoren-Parks in Nordafrika) bergen darüber hinaus erhebliche politische Risiken. Auch ein weiterer Ausbau scheinbar umweltfreundlicher Technologien wie der Wasserkraft wird vom BN aus ökologischer Sicht abgelehnt. Positiv wird im Wesentlichen die Nutzung von Windkraft, Sonnenenergie sowie Erdwärme bewertet, anzustreben sei ein sinnvoller Energiemix.

Werde Energie in ausreichendem Maße eingespart und alternative Energiegewinnung seitens der Politik ausreichend gefördert, könne

der Gesamtbedarf bereits kurzfristig vollständig jenseits konventioneller Methoden gedeckt werden.

Schließlich wurden von Herrn Hierneis ausführlich die diversen Möglichkeiten für den Einzelnen, im Kleinen wie im Großen Energie einzusparen, beleuchtet. Sinnvoll seien neben dem Einsatz energiesparender Geräte im Haushalt auch die höchstpersönliche Einschränkung bei der Nutzung von Autos (Alternative Carsharing bzw. Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel) sowie ein Verzicht auf unnötige Flugreisen.



Eine Beschränkung im - seit Jahren weltweit stark ansteigenden - Fleischkonsum sei ebenfalls zu befürworten angesichts der erheblichen Auswirkungen der Massentierhaltung auf den CO²-Ausstoß und den hierfür notwendigen Energieeinsatz.

Gerade die Möglichkeiten wie Notwendigkeiten, persönliche Verhaltensweisen zu ändern wurden dann auch von den Teilnehmern in der abschließenden Diskussionsrunde engagiert mit dem Referenten erörtert.

Literaturtipp:

Der große Deal

Die BayernLB hat beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) Milliarden Euro in den Sand gesetzt. Und noch immer ist unklar, wer das Desaster zu verantworten hat. Der Landtagsabgeordnete Christoph Rabenstein versucht eine Antwort darauf zu geben. In seinem Buch "Der große Deal" untersucht Rabenstein erstmalig umfassend diesen Fall

und deckt minutiös die Gefüge eines Skandals auf, dessen Ausmaße erschrecken.

Für uns ist dieser Skandal noch lange nicht beendet. Wir erwarten eine juristische Klärung der Schuldfragen und der Haftung. Das Buch ist erschienen im Volk Verlag München, ISBN 978-3-86222-040-3, Preis 16,90 Euro.

Redaktion:

Angelica Dullinger
Michaela Sauerwein
Wolfgang Untergehrer

Dieter Weiß
Markus Eisele

Martin Heitzer
Norbert Reitberger